

Interview

"Menschen mit einer Behinderung sind nicht Bittsteller. Sie fordern ihre Menschenrechte!"



Brigitte Profos: "Betroffenheit bei den Entscheidungsträgern auslösen und sensibilisieren."

Europa soll für Menschen mit einer Behinderung in allen Lebensbereichen offener, zugänglicher werden. Das fordert die 52-Punkte-Deklaration, die an der 2. Europäischen Konferenz der für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung zuständigen Minister am 7.- 8. Mai 2004 in Malaga, Spanien, verabschiedet worden ist. *insieme* sprach mit Brigitte Profos, Leiterin der Schweizer Delegation.

Text und Bild: Urs Frey

Frau Profos, Sie sind Zuger Regierungsrätin und stehen der Direktion des Innern vor, zu der auch das Behinderten- und Sozialwesen gehört. Sie sind zudem Vertreterin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren. Soweit Ihr professioneller Bezug zum Thema Behinderung. Gibt es auch einen persönlichen?

Ich bin von Beruf Heilpädagogin und hatte eine schwer behinderte Schwester. Von daher gibt es einen ganz persönlichen familiären Bezug zum Thema. Übrigens bin ich auch seit vielen Jahren Mitglied von *insieme*. Als ich vor rund eineinhalb Jahren mein Amt als Regierungsrätin antrat, reizte mich das Behinderten- und Sozialwesen aufgrund meiner Ausbildung und meiner vorherigen Aufgaben natürlich ganz besonders. Ich freute mich darauf, auf einer übergeordneten Ebene mitwirken und mitgestalten zu können.

Sie haben an der Ministerkonferenz in Malaga die Schweizer Delegation angeführt. Was fällt Ihnen spontan ein, wenn Sie an den 7./8. Mai zurückdenken? Welches waren Ihre eindrücklichsten Erlebnisse?

Beeindruckt hat mich zuerst einmal die Menge der Leute. Nicht weniger als 45 Staaten aus ganz Europa haben eine Delegation nach Malaga entsandt mit dem Ziel, die Diskriminierung der Menschen mit einer Behinderung zu bekämpfen. All diese Leute sassen um einen riesigen Tisch herum, ein eindrückliches Bild... Eindrücklich auch die Tatsache, dass in vielen Delegationen Menschen mit teilweise schweren Behinderungen mitarbeiteten. Auch unserer Delegation gehörte eine Frau mit schwerer Behinderung an. Und ein dritter Punkt, der mir besonders positiv aufgefallen ist: In den meisten Delegationen waren nicht nur RegierungsvertreterInnen sondern auch VertreterInnen von NGO's, sogenannten Nicht-Regierungs-Organisationen.

Können Sie uns etwas sagen über den Stellenwert der Ministerkonferenz? Welche Bedeutung haben die Beschlüsse, die da gefällt werden?

Aufgrund der Tatsache, dass 45 Staaten vertreten waren, kommt der Konferenz eine recht grosse Bedeutung zu. Viele Länder haben die zuständigen Minister sowie das oberste Verwaltungskader entsandt. Wichtig für mich war ein ganz klar spürbarer Paradigmenwechsel, der vielleicht für die Schweiz weniger Bedeutung hat als für Länder wie Rumänien, die Ukraine, oder die baltischen Staaten. Länder, in denen wir von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen müssen. Der Paradigmenwechsel, der auch in der Deklaration zum Ausdruck kommt: Menschen mit einer Behinderung sind nicht Bittsteller an einen Fürsorgestaat, sondern fordern ihre Menschenrechte ein. Die Basis bilden ganz klar die Menschenrechte.

Hat die Schweizer Delegation in Malaga ein ganz besonderes Anliegen vertreten?

Im Vorfeld der Konferenz hat unsere Delegation auf der Fachebene an der Ausarbeitung der Deklaration mitgearbeitet und auch entsprechende Inputs geleistet. An der Konferenz selber habe ich in einem Statement ganz speziell auf vier Punkte hingewiesen: Auf die Wichtigkeit der NGO's, gerade im Zusammenhang mit der jüngsten politischen Entwicklung in unserem Land; auf die Tatsache, dass Menschen mit einer Behinderung mit ihrer Forderung nach Partizipation und Integration nichts Abnormales fordern, sondern ganz einfach das, was für uns alle die normalste Sache der Welt ist; auf die im Gleichstellungsgesetz definierte Möglichkeit, diese Anliegen vor Gericht einzufordern und schliesslich darauf, dass unser ganz besonderes Augenmerk den Menschen mit hohem Betreuungs- und Pflegebedarf sowie den Frauen mit einer Behinderung gelten muss.

Die Konferenzteilnehmer in Malaga haben eine Schlusserklärung abgegeben. Welches sind die wichtigsten Inhalte?

Europa soll für Menschen mit einer Behinderung in allen Lebensbereichen offener, zugänglicher werden. Das ist die ganz allgemein formulierte Zielvorstellung. Die Deklaration umfasst insgesamt 52 Punkte (siehe Kästchen!). Besonders diskutiert und bei der Abfassung berücksichtigt wurden die Doppeldiskriminierung von behinderten Mädchen und Frauen, die Bedürfnisse der Menschen mit einem hohen Pflege- und Betreuungsbedarf sowie der Menschen mit einer psychischen Behinderung. Gerade diese Behinderungsform ist oft auf den ersten Blick nicht ersichtlich und wird häufig tabuisiert. Die Menschen mit psychischer Behinderung machen gegenwärtig den grössten Anteil an Neuberentungen bei der Invalidenversicherung aus, was zeigt, dass dieses Thema auch in unserem Land äusserst aktuell ist und dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Die Voraussetzungen in den einzelnen Ländern, die an der Konferenz vertreten waren, könnten kaum unterschiedlicher sein. War das kein Hindernis, überhaupt eine griffige, allgemein anerkannte Deklaration zu formulieren?

Ich fand es erfreulich, dass - gerade vor dem Hintergrund dieser sehr unterschiedlichen Voraussetzungen - überhaupt eine allgemein akzeptierte und gültige Deklaration, basierend auf den Menschenrechten, unterzeichnet werden konnte. Deren Inhalte sind für einige Mitgliederstaaten sicher ziemlich revolutionär. Die Deklaration wurde natürlich auf Fachebene vorbereitet, unterschiedliche Meinungen wurden im Vorfeld ausdiskutiert. Mit der Deklaration ist eine gute Voraussetzung dafür geschaffen worden, dass sich in den einzelnen Mitgliedsländern etwas verändern wird. Es wurde auch rasch klar, dass beispielsweise die neuen Oststaaten auf finanzielle Hilfe angewiesen sein werden. Entsprechend wurden Möglichkeiten aufgezeigt und Kontakte geschaffen, um den Zugang zu finanziellen Mitteln des Europarates zu erleichtern.

Hat diese Deklaration konkrete Konsequenzen für die Behindertenpolitik in der Schweiz?

Möglich, dass einzelne Massnahmen, die aus der Deklaration abgeleitet werden, sich ganz direkt auch auf unser Land auswirken werden. Wichtiger jedoch finde ich, dass durch die Beschlüsse der Konferenz all diejenigen, die sich für die Anliegen von Menschen mit Behinderung einsetzen, ganz starken Rückenwind erhalten haben. Es ist die Bestätigung dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind, auch wenn die Initiative "Gleiche Rechte für Behinderte" im Mai vom Schweizer Volk abgelehnt worden ist. In der Schweiz haben wir sicher, verglichen mit anderen Mitgliedsländern, einen recht hohen Standard. Aber auch bei uns gibt es noch Vieles zu verbessern.

Was uns hier in der Schweiz zur Zeit zentral beschäftigt, sind die allseits angekündigten Sparmassnahmen, Stichwort "Entlastungsprogramm 03" oder die anstehende grosse Umlagerung der Finanzströme vom Bund zu den Kantonen (NFA). Mit gravierenden Auswirkungen gerade für geistig schwer-mehrfach behinderte und verhaltensauffällige Menschen. Frau Profos, wie stehen Sie als Kantonsvertreterin zu diesen Entwicklungen?

Unter der Voraussetzung, dass kein Leistungsabbau stattfindet, kann ich zum NFA auch Ja sagen. Aber meine ganz grosse Sorge geht dahin, dass die kantonalen Parlamente im Einzelfall halt anders entscheiden und dass die Leidtragenden letztlich die Menschen mit einer Behinderung sind. Diese Gefahr besteht vor allem dann, wenn nicht wirklich griffige Rahmenbedingungen definiert werden. Ich habe es schon oft erlebt, dass Leute, die mit der Problematik nicht vertraut sind, Mühe haben, die Zusammenhänge zu verstehen. Auch in dieser Hinsicht war die Konferenz in Malaga sehr wichtig. Betroffenheit bei den Entscheidungsträgern auslösen und informieren, das sind jetzt ganz zentrale Aufgaben, für uns alle, auch für insieme!

Frau Profos, vielen Dank für das Gespräch!

Deklarationen im Detail

1991 fand in Paris die erste Europäische Konferenz der für die Eingliederung von Menschen mit Behinderung zuständigen Minister statt. Jetzt, zwölf Jahre später, wurde in Malaga die zweite Konferenz durchgeführt. Wer die an den Konferenzen verabschiedeten Deklarationen im Detail nachlesen will, findet sie (in französisch und englisch) auf der Homepage des Europarates unter www.coe.int/soc-sp